



Das iranische Regime als Gegner von Frieden, Freiheit und Frauen betrachten - Für eine neue Iranpolitik

Positionspapier der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Beschluss vom 2. Juli 2024

Das iranische Volk ist eine Kulturnation, die über Jahrtausende wichtige Impulse für Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft gegeben und somit die zivilisatorische Entwicklung auf der Welt maßgeblich mitgeprägt hat. Dies zeugt vom Innovations- und Freiheitsgeist, der in großen Teilen der iranischen Bevölkerung steckt und steckt. Tiefer Ausdruck dieses Strebens nach Freiheit waren die landesweiten, von mutigen Frauen angeführten und von allen Teilen der iranischen Gesellschaft getragenen Proteste „Frau – Leben – Freiheit“ im Nachgang zur barbarischen Tötung der jungen, kurdisch-stämmigen Iranerin Jina Mahsa Amini durch Schergen des Mullah-Regimes im September 2022. Mit brutaler Gewalt ging das unter Druck geratene Regime gegen die Menschen vor. Es folgten Masseninhaftierungen, Folter, Vergewaltigungen und unmenschliche Behandlung in den Haftanstalten sowie Hinrichtungswellen mit dem Ziel der massiven Einschüchterung der Bevölkerung.

Das iranische Mullah-Regime hat nach Ausrufung der „Islamischen Revolution“ im Jahr 1979 ein konsequentes Repressions- und Terrorregime etabliert. Die Lage der Menschenrechte ist seit vielen Jahren katastrophal. Das iranische Regime geht höchst aggressiv nach innen wie nach außen vor. Es unterdrückt die eigene Bevölkerung massiv, missachtet fundamentale Menschen- und Minderheitsrechte und ist für systematische Hinrichtungen und Vergewaltigungen von Frauen verantwortlich. Es exportiert Terror und Gewalt und trägt damit Instabilität in die Region und in die Welt.

Der ehemalige Führer der Al-Quds-Brigaden, der Eliteeinheit für Auslandseinsätze der Islamischen Revolutionsgarden, Qasem Suleimani, hat über Jahre hinweg ein ausgeklügeltes Netz an radikalen Stellvertreterorganisationen bzw. „Proxies“ im Nahen Osten geschaffen. Das sind dem iranischen Regime gegenüber hörige terroristische, kriminelle, militärische und paramilitärische Verbündete, die in der Peripherie im Auftrag des iranischen Regimes agieren, die Instabilität, Terror und Zerstörung verbreiten. Das iranische Regime versorgt diese konsequent mit Waffen, militärischem Training und Know-How, Finanzmitteln und politischer Führung und schafft so ein Netz fortwährender Abhängigkeit vom iranischen Regime. Mit ihnen destabilisiert das iranische Regime aktiv die gesamte Region des Nahen und Mittleren Ostens. Die bekanntesten und namhaftesten dieser Gruppierungen sind die Hisbollah im Libanon, die Hamas in den palästinensischen Gebieten, die Houthis im Jemen, aber auch viele weitere Organisationen in Syrien, im Irak und darüber hinaus.

All diesen Akteuren ist gemein, dass sie den in Deutschland, Europa und in vielen Teilen der Welt geteilten freiheitlichen Interessen und Werten fundamental zuwider agieren: Sie negieren auf der Grundlage der iranischen Staatsdoktrin eines Vernichtungsantisemitismus das Existenzrecht Israels und zielen darauf ab, Israel als jüdischen und demokratischen Staat auszulöschen. Sie höhlen Staatlichkeit, Demokratie und Diversität in etlichen Staaten von innen aus – im Libanon, in Syrien, im Irak, im Jemen und im Iran selbst. Als Schlüsselinstitution wirken die Islamischen Revolutionsgarden maßgeblich an der Entwicklung und Proliferation von Waffensystemen mit, auch an der Entwicklung von ballistischen Raketen und

der massiven Ausweitung der Drohnenentwicklung und -produktion, die die Gefahr einer regionalen Eskalation deutlich erhöhen.

Die Bedrohung durch das iranische Regime wurde zuletzt in der Nacht vom 13. auf den 14. April 2024 deutlich, als Iran einen Dambruch wagte und erstmals seit der „Islamischen Revolution“ den Staat Israel direkt militärisch angriff. Über 300 Flugkörper, darunter 170 Drohnen und 120 ballistische Raketen, mit über 60 Tonnen Sprengstoff wurden von iranischem Territorium auf Israel geschossen. Ohne die militärische Unterstützung der Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich, Frankreichs und wichtiger regionaler Akteure hätte dieser Angriff Irans auf Israel vermutlich nicht so effizient abgewehrt werden können. Der Angriff offenbart abermals, wozu das Mullah-Regime entschlossen ist, und verdeutlicht auf alarmierende Weise, weshalb es auf keinen Fall in den Besitz nuklearer Waffen gelangen darf.

Durch die Lieferung von iranischen Waffensystemen an Russland, insbesondere Drohnen, mit Beginn des flächendeckenden russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 hat sich die Islamische Republik Iran überdies zu einem unmittelbaren Kriegsgegner des freiheitlichen Westens auf europäischem Boden entwickelt. Sie trägt direkt zu Tod und Zerstörung auf europäischem Boden bei.

Die Ambitionen sowie militärischen und wirtschaftlichen Aktivitäten des iranischen Regimes und seiner Terrorstrukturen gehen weit über die unmittelbare Region hinaus. Auf dem afrikanischen Kontinent baut das Mullah-Regime seine Präsenz aktiv aus und versucht, Instabilitäten zu schaffen und ein Vakuum dort zu füllen, wo es sich auftut. Jüngeres Beispiel sind die Bemühungen, in den sudanesischen Bürgerkrieg einzugreifen und darauf abzielen, auch am Westufer des Roten Meeres eine die freie Seefahrt bedrohende Präsenz aufzubauen.

Präsenzen auf dem lateinamerikanischen Kontinent gibt es seit vielen Jahren. Aber auch diese werden sukzessive ausgebaut. Dabei sind linkspopulistische, ebenfalls autoritäre Regierungen wie jene in Venezuela, Bolivien und Nicaragua Einfallstore. Durch die Verwicklung iranischer Gruppierungen in den Rauschgift-handel dienen diese Staaten der Devisenquelle für das sanktionsbehaftete iranische Regime. Die dortige Präsenz wird aber immer mehr auch zu einer echten Sicherheitsbedrohung für jüdisches Leben in Lateinamerika. Der verheerende Anschlag auf die jüdische Gemeinde in Buenos Aires im Jahr 1994 („AMIA-Anschlag“) bleibt in grausamer Weise in Erinnerung und hat gezeigt, wie real diese Bedrohung ist. Die wachsende iranische Präsenz gerade in Bolivien und die Durchlässigkeit der Grenze nach Argentinien erhöht die Gefahr, dass sich solch ein Anschlag in dem Land, das die größte jüdische Gemeinde Lateinamerikas beherbergt, wiederholen kann.

Über allen Aktivitäten hält Revolutionsführer Ayatollah Khamenei seine Hand. Er bestimmt den grundlegenden Kurs des Landes und unterstützt diese gesamtstaatlichen Aktivitäten der Islamischen Republik Iran mit allen seinen zur Verfügung

stehenden Institutionen und Akteuren. Die iranische Regierung, die regelmäßig in einem Akt vorgetäuschter Demokratie ins Amt gehievt wird, spielt dabei nur die Rolle des Erfüllungsgehilfen. Der lange Arm des iranischen Regimes reicht bis zu uns nach Deutschland, wo nachweislich im Auftrag staatlicher Stellen Anschläge auf Synagogen geplant wurden und die Diaspora unter Druck gesetzt wird. Der Iran hat ein immer größeres und weltweites Netzwerk an Terrorgruppen aufgebaut, die von Teheran aus massiv finanziell, materiell und ideologisch unterstützt werden. Gleichzeitig bauen die iranischen Revolutionsgarden ihr Netzwerk auch in Deutschland weiter aus.

Die Al Quds-Brigaden der Islamischen Revolutionsgarden sind seit mehr als zehn Jahren auch in Deutschland aktiv. Ihre umfangreichen Spionage- und Terroraktivitäten richteten sich insbesondere gegen (pro-)israelische oder (pro-)jüdische Ziele. Die iranischen Geheimdienstaktivitäten konzentrieren sich auf die Bekämpfung oppositioneller Gruppen und Einzelpersonen im In- und Ausland, auch in Deutschland. Die Islamischen Revolutionsgarden sind auch in proliferationsrelevante Beschaffungsaktivitäten (Spionage zur Nuklearfähigkeiten/Waffen) involviert - meist über Scheinfirmen und Zwischenhändler. Es ist bekannt, dass die Islamischen Revolutionsgarden im Iran ein Raketenprogramm betreiben. Zu diesem Zweck versuchen sie auch, Schlüsselprodukte von deutschen Herstellern zu beschaffen. Zunehmend wird als Modus Operandi bei Staatsterror auf Kriminelle zurückgegriffen, wie der Fall Babak J. zeigt. Außerdem unterhält die University of Religions and Denominations (URD), die Gewaltakte gegen Israel öffentlich begrüßt und von Führungspersonen der Islamischen Revolutionsgarden geleitet wird, Verbindungen zu deutschen Universitäten.

Ebenfalls forciert das iranische Terrorregime zunehmend Cyberangriffe auch auf Deutschland. So warnte das Bundesamt für Verfassungsschutz 2023 vor Aktivitäten der iranischen Hackergruppe Charming Kitten, die im Auftrag der Islamischen Revolutionsgarden vor allem Cyberspionage gegen Kritiker des Mullah-Regimes in Deutschland ausüben - in den USA ist Charming Kitten als Terrororganisation gelistet. Zudem dienen diese Cyberangriffe der Spionage von Technik und Know-How im Rahmen der Proliferation. Cyberbedrohungen werden dabei als „fortgeschrittene, andauernde Bedrohung“ („advanced persistent treath“, APT) eingestuft.

Das Mullah-Regime spielt seit Jahren auf Zeit. Es suggeriert uns, an gemeinsamen Lösungen interessiert zu sein, hintertreibt diese aber bewusst und regelmäßig wie es bei den langjährigen Verhandlungen im Rahmen des Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA, Iran-Nuklearabkommen) geschehen ist. Seit Jahren ist klar erkennbar, dass das Regime im Iran kein Interesse daran hat, hier zu einem echten Ergebnis zu kommen und ernsthaft und verifizierbar von seinen nuklearen Ambitionen Abstand zu nehmen. Das Regime ist mindestens kurz davor, sich in eine Position zu versetzen, in der es glaubhaft mit dem Besitz einer Atomwaffe drohen kann. Hinzukommt der Grundfehler, dass in den bisherigen Verhandlungen nie auch zeitgleich das Raketenprogramm und die negativ-destruktive Rolle des Irans in der Region in den Verhandlungsprozess miteinbezogen wurden.

All diese Entwicklungen lassen nur einen Schluss zu: Unter dieser islamistischen Führung ist die Islamische Republik Iran in allen Feldern ein umfassender Gegner Deutschlands, Israels, Europas und ebenfalls ein Gegner von all denjenigen Staaten auf der Welt, die sich für ein friedliches, die Menschenrechte achtendes und auf Regeln basierendes Miteinander auf der Welt einsetzen. Unter diesem Regime ist der Iran Teil einer neuen Achse von autoritären Staaten, deren Ziel es ist, die regel-basierte Ordnung in ihren Regionen und global durch eine neue Machtstruktur zu ersetzen. Diese Staaten, bestehend aus China, Russland, der Islamischen Republik Iran und Nordkorea (CRINK), unterstützen sich dabei gegenseitig. Jeder einzelne Erfolg ist ein Gewinn für alle. Es ist höchste Zeit, dass Deutschland endlich dementsprechend handelt und seine Iran-Politik grundlegend ändert und neu ausrichtet. Dafür sprechen wir uns als CDU/CSU-Fraktion aus.

Die Beileidsbekundung von Bundeskanzler Olaf Scholz an das iranische Regime nach dem Tod von Präsident Ebrahim Raisi im Mai 2024 ist der jüngste Ausdruck einer Politik, die immer wieder auf naive Art und Weise versucht, mit dem Mullah-Regime zu einem Einvernehmen zu kommen, das Teheran gar nicht anstrebt. Damit muss endlich Schluss sein, weil die Maßnahmen dem iranischen Regime den Anschein von Legitimität geben. Mit diesem iranischen Regime ist keine gemeinsame Sache zu machen. Wir müssen die Möglichkeiten des Mullah-Regimes, seinen negativen Einfluss auszuweiten, endlich wirksam einschränken. Bei unserer neuen Iran-Politik wollen wir uns auch nicht mit Akteuren verbünden, die zwar ebenfalls in Gegnerschaft zum iranischen Regime stehen, allerdings zweifelhafte eigene Zwecke verfolgen und unsere Werte und Interessen nicht teilen. Dazu gehören die „Volksmudschaheddin“ (Mojaheddin-e Khalk, MeK) und ihr politischer Arm, der „Nationale Widerstandsrat Iran“ (NWRI).

Wir stehen klar an der Seite des iranischen Volkes, das wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln in ihrem Freiheitskampf unterstützen wollen. Die Menschen im Iran wissen, dass nur sie selbst politischen Wandel herbeiführen können. Von Deutschland erwarten sie aber völlig zurecht, dass wir aus einem falschverstandenen Streben nach Stabilität in der Region keine Rücksicht auf das Regime nehmen, sondern ihm das Leben so schwer wie möglich machen.

Elemente einer neuen Iran-Politik

Als CDU/CSU-Fraktion werden unsere Iran-Politik entlang folgender Parameter ausrichten:

- Wir erkennen an, dass das iranische Regime ein umfassender Gegner ist und wir unseren politischen Grundreflex gegenüber der Islamischen Republik Iran entsprechend ändern müssen. Das heißt auch, dass wir uns gegenüber dem Regime in Teheran nicht mehr auf zeitraubende und ergebnislose Scheindiskussionen einlassen.
- Wir werden Israel nach Kräften in seinem Ziel unterstützen, eine Anti-Iran-Koalition mit moderaten arabischen Staaten in der Region des Nahen Ostens zu

bilden. Dazu zählen auch, die Bemühungen arabischer Staaten, vor allem Saudi-Arabiens, die Normalisierung der Beziehungen zu Israel voranzutreiben und die Abraham-Accords weiter auszubauen.

- Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um die Islamischen Revolutionsgarden endlich als terroristische Organisation im EU-Rahmen zu listen und zu sanktionieren. Dieser Schritt ist vor allem mit Blick auf seine Signalwirkung überfällig, weil hier erstmals eine ganze staatliche Einheit von der EU als Terrororganisation gelistet würde.
- Wir drängen darauf, endlich im Kreis der E3 und USA und unter Einbindung weiterer Partner eine kohärente und umsetzbare Strategie zu entwickeln, die eine atomare Bewaffnung der Islamischen Republik Iran unterbindet. Dabei sind die besonderen Sicherheitsinteressen Israels zu berücksichtigen.
- Wir drängen darauf, das bestehende Sanktionsregime weiter auszuweiten, es insbesondere auch mit Blick auf Umgehung über Drittstaaten deutlich konsequenter um- und durchzusetzen und Sanktionsumgehung härter und entschlossener zu begegnen. Hierzu muss die Sanktionsdurchsetzung in Deutschland in einer schlagkräftigen Zollpolizei gebündelt werden, die Sanktionsverstöße mit präventiven Befugnissen aufdecken kann. Nur durch eine konsequente Sanktionsdurchsetzung wird dem Mullah-Regime die Möglichkeit genommen, in Drittstaaten destabilisierend zu agieren.
- Wir wollen den für Freiheit und Selbstbestimmung eintretenden Frauen im Iran eine Stimme geben und ihren Kampf gegen Unterdrückung für die Welt sichtbar machen. Die systematische Verfolgung von und Gewalt gegen Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einem Geschlecht und weitere von der Untersuchungskommission der UN anerkannte Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssen nach dem Weltrechtprinzip juristisch entsprechend zielgerichtet und effektiv geahndet werden.
- Wir wollen den gesellschaftlichen Wandlungsprozess im Iran selbst und von innen heraus durch die Unterstützung seiner Zivilgesellschaft forcieren. Hierfür bedarf es einer umfassenden und mit Ressourcen unterlegten Strategie. Teil dessen müssen die systematische Dokumentation, Aufklärung und internationale Verfolgung von Verletzungen von Menschenrechten und insb. Frauenrechten durch das iranische Regime und seiner Institutionen sein. Darum setzen wir uns für die Verlängerung des Mandats des Untersuchungsmechanismus, der UN-Fact Finding Mission sowie des UN-Sonderberichterstatters ein, ebenso wie für die Unterstützung der Exilopposition und für den Kapazitätsaufbau von Frauenrechtlerinnen in der Region.
- Wir setzen uns dafür ein, dem Wissenschaftsaustausch mit der Islamischen Republik Iran einer tiefgreifenden Überprüfung zu unterziehen. Der Austausch zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem Bundesamt für Verfassungsschutz, dem Bundesnachrichtendienst und der Allianz der

Wissenschaftsorganisationen ist zur Stärkung der Resilienz des deutschen Wissenschaftssystems qualitativ und quantitativ auszubauen. Gemeinsam mit der Allianz der Wissenschaftsorganisationen sind verbindliche Leitlinien für Kooperationen mit Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union zu definieren. Dies schließt dezidiert Wissenschaftskooperationen sowie den Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern mit Iran ein. Die Forschungs- und Innovationsförderung des Bundes ist auf dieser Basis entsprechend auszurichten. Gemeinsam mit der Allianz der Wissenschaftsorganisationen gilt es den Aufbau eines kontinuierlichen quantitativen Monitorings von Wissenschaftlern aus spionagerelevanten Staaten voranzutreiben, um Veränderungen frühzeitig zu identifizieren und verfolgen zu können (z.B. Anstieg der Personen an speziellen Einrichtungen, in speziellen Branchen und Themengebieten). Auch bedarf es der engmaschigeren Überprüfung ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Post-Doc und höher) in relevanten Forschungsfeldern bei der Visa-Vergabe. Die hierfür erforderlichen staatlichen Kapazitäten sind sicherzustellen. Wir wollen den Austausch nur mit solchen Akteuren pflegen, die dem iranischen Regime kritisch und ablehnend gegenüberstehen und keine Kooperationen mit Erfüllungsgehilfen des Regimes, die einen Wissenstransfer von Deutschland nach Iran unterstützen. Sollte die bestehende Gesetzeslage hierfür nicht ausreichen, muss eine entsprechende Gesetzeslage geschaffen werden. Hochschulen und Wissenschaftsinstitutionen müssen entsprechend sensibilisiert und unterstützt werden.

- Wir wollen die iranischen Finanz- und Wirtschaftsaktivitäten in Europa weiter beschränken und auf ein Minimum reduzieren. Hierzu zählen insbesondere iranische Aktivitäten im Finanz-, Banken- und IT-Sektor, die immer noch als Vehikel zur Devisenbeschaffung, Sanktionsumgehung und damit zur Terrorfinanzierung genutzt werden können. Deutsche bzw. EU-Töchter iranischer Banken sind in Deutschland nach wie vor geöffnet und operationsfähig. Auch im Finanz- und Bankensektor müssen die Sanktionen gemeinsam mit europäischen Partnern nachgeschärft werden. Es gilt genauso die finanziellen Tätigkeiten der iranischen Proxies in Deutschland, insbesondere der Hisbollah, konsequent zu unterbinden und gegen jede Form der Terrorfinanzierung aus Europa heraus, mitunter über das Spenden- und Kreditwesen, vorzugehen.
- Wir zielen mit Nachdruck darauf ab, eine mit internationalen Partnern abgestimmte umfassende Strategie zu entwickeln, wie der Einfluss iranischer Proxies in der Region zurückgedrängt und beschränkt werden kann. Denn die staatliche Integrität und Stabilität von Partnerstaaten wie Libanon, Irak und Jemen und perspektivisch auch Syrien ist im nationalen Interesse Deutschlands.
- Wir wollen endlich allen Institutionen in Deutschland, die für das iranische Regime Türöffner, Steigbügelhalter oder Informationsbeschaffungsquelle sind und damit dem iranischen Regime in Deutschland Einfluss gewähren, die Tätigkeit zu untersagen. Dazu zählt in erster Linie und am dringlichsten das Islamische Zentrum Hamburg, das umgehend geschlossen werden muss. Im Zweifelsfall muss die rechtliche Grundlage für die Schließung geschaffen werden.

- Wir setzen uns dafür ein, Verfassungsschutzbehörden personell, materiell und finanziell so auszustatten, dass sie iranische Spionage in Deutschland und die Aktivitäten von dem iranischen Regime zurechenbaren Akteuren sehr viel intensiver beobachten und deren Aktivitäten unterbinden können. Angehörige der iranischen Diaspora in Deutschland sind durch die Dienste des Regimes im Ausland konkret gefährdet und müssen besser geschützt werden. Noch immer dient Deutschland als Ort der Devisenbeschaffung und Geldwäsche für viele iranische Proxy-Organisationen. Zudem ist für einen Aufwuchs an nachrichtendienstlichen Fähigkeiten und Kapazitäten im Bereich der Spionageabwehr, der Aufklärung von Finanzströmen und technische Mittel und rechtlichen Möglichkeiten zu sorgen. Im Bereich der Cybersicherheit müssen wir endlich strukturelle und gesetzliche Bedingungen schaffen, die eine effektive Cyberabwehr und -abschreckung ermöglichen.
- Als CDU/CSU-Fraktion werden wir keine Kontakte zu den „Volksmudschahedin“, dem „Nationalen Widerstandsrat Iran“ und zu mit diesen Organisationen verbundenen Akteuren pflegen. In der Zusammenarbeit werden wir uns auf jene Akteure, Personen und Gruppierungen fokussieren, die einen echten Einfluss im Iran und die Kraft zum gesellschaftlichen Wandel haben, und die wie wir für Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit eintreten.

All diese Maßnahmen sind explizit nicht gegen das iranische Volk gerichtet, für das wir große Hochachtung haben und dessen Unterdrückung durch das amtierende Regime wir mit größter Sorge und großer Anteilnahme sehen. Wir stehen für den engen Austausch unserer Völker für Frieden, Wohlstand und die Achtung der Menschenrechte – jedoch unter einer anderen politischen Führung im Iran.

Unsere avisierten Maßnahmen zielen darauf ab, das iranische Mullah-Regime zu schwächen und zu isolieren, um die brutale Gewalt gegen das eigene Volk zu beenden und Gefahr und Schaden von der Region und der Welt abzuwenden.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Herausgeber: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Thorsten Frei MdB
Alexander Hoffmann MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin